Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstraße 1. Louis Lösche, Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis vierteljährlich 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf. **Gebühren für Extrabeilagen** (in Tageblatt-Format gefalzt) **ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.**

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 201. — **Sonnabend** den 20. Juli 1889. — **83. Jahrgang.**

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 21. Juli, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die Zinsen der **Frege'schen Stiftung** zur Belohnung treuer und unbescholtener Dienstboten, welche mindestens 20 Jahre hindurch bei einer oder doch nur zwei Herrschaften in hiesiger Stadt im Dienste gestanden haben, sind am 30. August dss. Js. in Beträgen von mindestens 30 ℳ zu vertheilen.

Empfangsberechtigt sind nur wirkliche Dienstboten, d. h. solche, welche zur ausschließlichen Leistung häuslicher Dienste gedungen sind und bei der Dienstherrschaft Wohnung und Kost haben.

Bewerbungen sind **bis zum 31. Juli dss. Js.** unter Beifügung von Zeugnissen der Dienstherrschaften bei uns anzubringen. Spätere Anmeldungen, sowie Bewerbungen von Dienstboten, welche aus obiger Stiftung bereits einmal belohnt worden sind, können nicht berücksichtigt werden.

Leipzig, am 22. Juni 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Bekanntmachung.

Montag, den 22. d. Mts. soll mit den Asphaltirungsarbeiten in der Post- und Querstraße und zwar von der Kreuzung der bezeichneten Straßen an beginnend, vorgegangen werden.

In Folge dessen wird

die Querstraße

auf der Strecke vom **Johannesplatze bis und einschließlich ihrer Kreuzung mit der Poststraße und**

die Poststraße,

letztere vorläufig bis zur Grenze der Grundstücke 2 und 4 daselbst, von obenerwähntem Tage ab **für allen unbefugten Fahrverkehr gesperrt.**

Leipzig, den 19. Juli 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Kühling.

Bekanntmachung.

Die Arbeiten zur Regulirung, bez. Umgestaltung der Fußwege der **Pfaffendorfer Straße** sollen verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus 2. Etage, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift **„Fußwege in der Pfaffendorfer Straße"** versehen ebendaselbst und zwar bis **zum 29. Juli 1889,** Nachmittags 5 Uhr, einzureichen.

Leipzig, den 17. Juli 1889.

Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.
Ib. 3440.

Bekanntmachung.

Hierdurch bringen wir zur öffentlichen **Kenntniß,** daß die von uns mit Zustimmung der Herren Stadtverordneten in Gemäßheit unserer Bekanntmachung vom 21. Mai d. Js. beschlossene Feststellung der Straßenfluchtlinien der **Kapellenstraße** im Stadtbezirk Leipzig-Reudnitz nach dem Plane $\frac{3862}{4734}$, welcher vom 31. Mai d. Js. ab vier Wochen lang öffentlich ausgelegen, nunmehr Giltigkeit erlangt hat, nachdem der eine hiergegen erhobene Widerspruch rechtskräftig zurückgewiesen worden ist, andere Widersprüche aber nicht erhoben worden sind.

Leipzig, den 17. Juli 1889.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib 3421. Dr. Georgi. Gröschel, Ass.

Bekanntmachung.

Die Ausführung von **Schleußenbauten** in der **Chaussee- und Kapellenstraße** im Stadtbezirk **Leipzig-Reudnitz** soll verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Schleußenbauten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, **Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14,** aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift **„Schleußenbau in der Chaussee- und Kapellenstr."** versehen ebendaselbst und zwar bis zum 1. August 1889, Nachmittags 5 Uhr, einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 18. Juli 1889.

Des Raths der Stadt Leipzig Straßenbau-Deputation.
Ib 3472.

Gefunden

wurden erstatteter Meldung zufolge in hiesiger Nordvorstadt Ende vorigen Monats

ein **Portemonnaie** mit über **19 Mark,**

sowie Anfang dieses Monats

ein **20-Markstück.**

Die betreffenden Eigenthümer werden hierdurch veranlaßt, ihr Eigenthumsrecht an den Fundobjecten binnen Jahresfrist geltend zu machen, nach Ablauf welcher Frist den Rechten gemäß über letztere weitere Verfügung getroffen werden wird.

Leipzig, den 15. Juli 1889.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
In Stellvertretung:
VII. 2169. **Dr. Schmid.** W.

Holz-Auction

auf Zwenkauer Staatsforstrevier. Sonnabend, den 27. Juli dss. Js., von Vormittags 10 Uhr an

sollen folgende in der Harth, Abtheilung 12 und 31 aufbereitete Brennhölzer, als:

60 rm harte Brennscheite,
19 „ „ Zacken,
114 „ weiches Brennreisig,
33 „ hartes dergl.,
96 harte Langhaufen,
218 rm weiche Stöcke und
57 „ harte dergl.

meistbietend gegen sofortige Bezahlung und unter den vor Beginn der Auction bekannt zu machenden Bedingungen versteigert werden.

Versammlung auf dem Holzschlage in Nr. 12 am Deubener Wege. Zahlstelle im Gasthofe zum „Bairischen Hof" in Gaschwitz. Auskunft ertheilt die unterzeichnete Revierverwaltung.

Königliche Forstrevierverwaltung Zwenkau und Königliches Forstrentamt Wurzen, am 18. Juli 1889.
Lomler. Geißler.

Ministerkrisis in Spanien.

In Spanien bereiten sich Veränderungen vor, deren Wirkungen auch außerhalb des Landes fühlbar werden können. Die Stellung Sagasta's als Ministerpräsident ist ernstlich erschüttert, und es scheint, daß der Augenblick gekommen ist, der schon unmittelbar nach dem Tode Alfons' XII. eingetreten zu sein schien, daß nämlich ein conservatives Ministerium an die Stelle des liberalen treten würde. Im November 1885 handelte es sich vor Allem darum, den Uebergang der Regierungsgewalt auf die Königin-Wittwe sicher und ohne Störung von Ruhe und Ordnung zu bewerkstelligen. Dazu schien ein conservatives Ministerium weniger geeignet als ein liberales, weil die Anhänger Zorrilla's und von Don Carlos den Tod Alfons' XII. als eine günstige Gelegenheit betrachteten, um zur Macht zu gelangen. Es galt, den Kern des spanischen Volkes für die Sache der Königin Maria Christine zu gewinnen, und deshalb erschien der vermittelnde und versöhnende Standpunct eines liberalen Ministeriums besser geeignet als der schroffere eines conservativen. In diesem Sinne empfahl Canovas del Castillo der Regentin, Sagasta das Staatsruder anzuvertrauen, und sagte seine Unterstützung zum Zweck der Befestigung des neuen Zustandes zu.

Der Rath Castillo's erwies sich als gut und zweckmäßig, die Gegner der Königin verstummten alsbald, nachdem sie gesehen hatten, mit welcher Würde und richtigem Verständniß sich die Königin-Regentin in ihre schwierige Lage hineinfand, und als dann am 17. Mai 1886 der nachgeborene Sohn Alfons' XII. das Licht der Welt erblickte, war die Herrschaft der Königin-Regentin bereits so fest begründet, daß die Republikaner und Carlisten keinen Angriff auf die bestehende Dynastie wagten und die Verwirklichung ihrer Hoffnungen auf eine spätere günstigere Zeit vertagten. Was der Königin-Regentin besonders die Herzen der Spanier gewann, war die Milde, welche sie gegen die Urheber eines Militairaufstandes walten ließ, und daß sie auf dem ihr zustehenden Recht der Gnade gegen die Verurtheilten beharrte, trotz des Widerspruchs ihrer Minister. Sagasta hatte seine Aufgabe soweit mit Geschicklichkeit erfüllt, es war daher kein Grund vorhanden, das System zu wechseln, zumal auch der Führer der Conservativen, Canovas del Castillo, fortfuhr, das Cabinet zu unterstützen.

Am Schluß des Jahres 1887 stand Spanien auf dem Gipfel eines neuen Aufschwunges: Friede im Innern und nach außen, Erstarkung des Selbstgefühls und der materiellen Hilfsquellen führte die Regierung des Landes dazu, die Gesandtschaft in den vier Centralpuncten Berlin, Wien, Rom und London zu Botschaften zu erheben und dadurch wenigstens äußerlich Spanien den europäischen Großmächten einzureihen. Die Ausstellung in Barcelona erhöhte noch das Kraftbewußtsein des aufstrebenden Staatswesens, und so durfte Spanien der Zukunft mit frohen Hoffnungen entgegensehen. Aber es fehlte auch nicht an weniger erfreulichen Dingen, und darunter nahmen die in Vorbereitung begriffenen militairischen Reformen und die beabsichtigte Einführung des allgemeinen Stimmrechts den vornehmsten Platz ein. Während die conservative Partei den militairischen Reformen zustimmte, war ihr die Einführung des allgemeinen Stimmrechts um so weniger genehm, und Canovas del Castillo setzte eine Agitation gegen diese Reform ins Werk, welche ihm eine Zeit lang ernste Gefahren bereitete. Bei seiner Rückkehr nach Madrid gab sich die öffentliche Meinung in so feindlicher Weise gegen ihn kund, daß er Noth hatte, ungefährdet seine Wohnung zu erreichen, und damit war das Zeichen zu Parteizwistigkeiten gegeben, welche jüngst zu gänzlich unhaltbaren Zuständen geführt haben.

Die Vorlegung des Gesetzentwurfs zur Einführung des allgemeinen Stimmrechts erfolgte zwar, aber durch fortgesetzte lärmende Auftritte ist die Berathung desselben bisher verhindert worden, und es scheint fast, daß es auch in Zukunft vorläufig nicht dazu kommen wird. Sagasta verlor dadurch erheblich an Ansehen, und in demselben Maße als sich die öffentliche Meinung von ihm abwandte, wuchs der Einfluß von Canovas del Castillo. Der Scandal, welcher vor einiger Zeit durch die Niederlegung **des Amtes als Präsident** der **Kammer seitens Martos'** hervorgerufen wurde, hat weitere Kreise gezogen und zur Wahrnehmung der Thatsache geführt, daß Sagasta nicht mehr die Autorität bei der Volksvertretung genießt, über welche er früher verfügt. Zwischen ihm und Martos entstand eine Gegnerschaft, welche schließlich in offene Feindschaft umschlug und bei Gelegenheit einer Rede Sagasta's in der Kammer zum Bruch gedieh.

Die Rede Sagasta's enthielt eine Selbstanklage, aus welcher hervorgeht, daß dieser Minister bisher ein gänzlich unverdientes Vertrauen genossen hat, weil er sich Uebergriffe und einen Mißbrauch seiner Amtsgewalt zu Schulden kommen ließ, der eben nur in Spanien möglich ist. Sagasta gestand in dieser Rede selbst zu, vier Jahre lang Martos, um ihn an seine Partei zu fesseln, Ministerportefeuilles, Gouverneur- und Gesandtenposten, Deputirtensitze, Generalspatente, Richterstellen und Stadtverwaltungen zur Verfügung gestellt zu haben, allerdings nicht freiwillig, sondern dem Drängen von Martos nachgebend. Da Martos gegen diese Beschuldigungen keine Einwendungen erhoben hat, so scheinen sie wahr zu sein, aber Sagasta hat vergessen, daß er durch diese öffentlichen Mittheilungen nicht nur seinen heutigen Feind Martos, sondern ebenso und noch mehr sich selbst bloßgestellt hat, und daß er selbst in Spanien unter diesen Umständen nicht an der Spitze der Regierung bleiben kann.

Sagasta hat aber seine Stellung nicht nur den Parteien gegenüber in unverantwortlicher Weise mißbraucht, er hat auch die Königin-Regentin seinen Zwecken dienstbar zu machen gesucht und sie stets dann aus Madrid entfernt, wenn er fürchtete, daß seine Gegner ihr reinen Wein über die Sachlage einschenken könnten. Die Königin-Regentin ist früher, im Vertrauen auf seine staatsmännischen Fähigkeiten, diesen Rathschlägen gefolgt, endlich aber ist sie über die wahre Bedeutung derselben zur Klarheit gelangt und hat ihnen energischen Widerstand entgegengesetzt. Damit scheint die Meldung von dem leichten Unwohlsein der Königin-Regentin in Verbindung zu stehen, welche neulich durch den Telegraphen gebracht wurde. Sagasta wollte die Königin Maria Christine nach La Granja schicken, um Herr der Lage zu bleiben; sie hat ihm aber diesen Gefallen nicht gethan und wird jetzt erwägen, ob es nicht an der Zeit sei, den treuen Diener und Berather ihres verstorbenen Gemahls, Canovas del Castillo, mit dem Vorsitz im Ministerium zu betrauen, zumal die Volksgunst sich demselben wieder in der früheren Weise zugewandt hat.

Man spricht von einem Uebergangsministerium, welches dem Ministerium Canovas vorangehen könnte, es wäre also möglich, daß ein solches aus Zweckmäßigkeitsrücksichten zeitweise die Führung der Regierungsgeschäfte übernähme, aber mit der liberalen Aera scheint es nach den Erfahrungen, welche die Königin Christine mit ihrem ersten Beamten Sagasta gemacht hat, vorbei zu sein. Schon bei der Rundreise von Canovas del Castillo im vergangenen Jahre bereitete sich der Umschwung vor, es scheiterte aber damals bekanntlich an dem Eifer, mit welchem die öffentliche Meinung die Einführung des allgemeinen Stimmrechts forderte.

Leipzig, 20. Juli.

* Die Begegnung **Kaiser Franz Josef's** mit **Kaiser Wilhelm** erfolgt, wie der „Vossischen Zeitung" aus Wien gemeldet wird, am 11. August in Berlin. Der Kaiser Franz Josef, welcher am 8. früh aus Ischl in Wien eintrifft, tritt am 10. Abends die Reise über Dresden nach der deutschen Reichshauptstadt an. Am 11. Vormittags trifft der Kaiser in Dresden ein, wo er dem Könige Albert einen Besuch abstattet und Nachmittags um 2 Uhr die Fahrt fortsetzt. Die Ankunft in Berlin erfolgt an diesem Tage um 4 Uhr Nachmittags. Der Berliner Aufenthalt umfaßt vier Tage, am 15. kehrt Franz Josef über Passau nach Ischl zurück.

* Die „**Germania**" verbreitet sich über die **Zunahme der Socialdemokratie**, die lediglich unter dem Socialistengesetz und durch dasselbe so stark geworden sei, und stellt in Abrede, daß für „das Gesetz selbst" vom Centrum jemals noch etwas zu erwarten sei. Das wird man abwarten müssen. Zunächst steht unseres Wissens das unveränderte Gesetz gar nicht mehr in Frage und sodann pflegen die Herren von Franckenstein, v. Huene u. s. w. bei wichtigen Entscheidungen gewöhnlich das Gegentheil Dessen zu thun, was in der „Germania" steht. Welches Zeugniß aber stellt das leitende Blatt des Centrums der staatsmännischen Fähigkeit seiner eigenen Partei aus, wenn es behauptet, das Socialistengesetz, welches lange Jahre lediglich durch die Unterstützung einer bald größeren, bald geringeren, aber immer genügenden und nothwendigen Anzahl von Centrumsmitgliedern zu Stande gekommen ist, habe keinen anderen Erfolg gehabt, als die Socialdemokratie zu stärken! Gesetze machen zu helfen und sie dann in ihrer Presse als thöricht und schädlich herunterzureißen, ist eine ganz besondere Eigenthümlichkeit der Centrumspartei.

* **Zur Reichstagswahl im Wahlkreise Halberstadt** bemerkt die „Nationalliberale Correspondenz":

Das Wahlergebniß aus dem Reichstagswahlkreise Halberstadt liegt bis auf wenige Bezirke, die nichts Wesentliches mehr ändern können, vor. Es haben darnach erhalten: der conservative Candidat Bürgermeister a. D. Zohn 5459, der nationalliberale Stadtrath Dr. Max Weber 5008, der socialdemokratische Börsenfabrikant Dahlen 3037 und der deutschfreisinnige Rittergutsbesitzer Roloff 1561 Stimmen. Es ist also Stichwahl zwischen den beiden ersteren erforderlich.

Wenn nicht die socialdemokratischen und deutschfreisinnigen Wähler geradezu einen Förderer der agrarischen und zünftlerischen Bestrebungen unterstützen, darf man mit gutem Grund auf den Sieg des nationalliberalen Candidaten hoffen. Bei den diesmaligen Wahlen ist ein starker Rückgang der Stimmenzahl im Allgemeinen um etwa 10000 zu bemerken, wie es bei Nachwahlen fast immer der Fall ist. Selbstverständlich stellen zu den Säumigen die „Cartellparteien" wieder das größte Contingent; es ergiebt sich daraus wieder die alte Erfahrung, daß der größte Theil Derer, die sich der Stimme bei den Wahlen zu enthalten pflegen, wenn sie nicht durch eine tiefgehende Erregung aufgerüttelt werden, den gemäßigten und staatserhaltenden Parteien ihrer inneren Gesinnung nach zugehören, welche freilich bei der beklagenswerthen Lässigkeit und Thatlosigkeit oft nicht zum Ausdruck gelangt. Bemerkenswerth ist auch, daß die Socialdemokratie keine Verstärkung, im Gegentheil einen kleinen Rückgang seit den letzten Wahlen erfahren hat. Von dem oft behaupteten rapiden Wachsthum der Partei legt diese Wahl wenigstens kein Zeugniß ab. Die Deutschfreisinnigen haben durchaus einen Mißerfolg erlitten. Wenn ihre Organe sich mit dem Ergebniß zufrieden erklären und darauf hinweisen, daß vor zwei Jahren nur 139, jetzt anderthalbtausend Stimmen abgegeben worden, so muß daran erinnert werden, daß im Jahre 1887 überhaupt kein deutschfreisinniger Candidat aufgestellt war, sondern die Deutschfreisinnigen mit Ausnahme ganz vereinzelter und zersplitterter Stimmen gleich für Herrn von Bernuth stimmten. Wenn angesichts dieses „Erfolgs" ein fortschrittliches Blatt schreibt: „Die Schleier zerreißen, das Volk wird wieder nüchtern", so kann man darüber wirklich nur lachen.

* **Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Herr Oechelhäuser** hat auf einen jüngst in der fortschrittlichen „Sonneberger Zeitung" gegen ihn gerichteten Angriff Entgegnung an die Redaction der gedachten Zeitung eingesandt:

Bad Gastein, 12. Juli 1889.

Von befreundeter Hand wird mir soeben die Nr. 148 Ihres geschätzten Blattes zugesandt. In dem darin enthaltenen Bericht über eine Rede des Reichstagsabgeordneten Dr. Baumbach finde ich folgenden Passus: „Der nationalliberale Oechelhäuser, welcher bei der Berathung selbst erklärt hatte, daß er fürchte, in seinem Wahlkreise mit faulen Aepfeln beworfen zu werden, wenn er für das Gesetz stimme, stimmte schließlich natürlich für das Gesetz." Ich habe den mir bis dahin persönlich befreundeten Abgeordneten Dr. Baumbach noch nicht auf dem Wege politischer Ehrabschneiderei angetroffen und will deshalb zu seinen Gunsten annehmen, daß der kurze Auszug, in dem seine Rede wiedergegeben ist, den Sinn seiner Worte entstellt; andernfalls wäre ich berechtigt, den Vorwurf der Thatsachenentstellung zu erheben, denn Fälschungen können ebensowohl durch die Behauptung falscher Thatsachen, als durch Unterdrückung der für die Beurtheilung entscheidenden Momente verübt werden. Die citirte Stelle aus Dr. Baumbach's Rede muß in jedem Unbefangenen die Meinung aufkommen lassen, daß ich bei den Berathungen im Reichstag das Gesetz, wie es zur Abstimmung gelangt ist, als völlig unannehmbar bezeichnet und trotzdem („natürlich", sagt der Abgeordnete Baumbach) dafür gestimmt habe.

Der wahre Sachverhalt ist folgender: Während der Berathungen des Plenums in zweiter Lesung (bei denen ich, nebenbei gesagt, nicht ein einziges Mal das Wort ergriffen habe) wurde ein Antrag der Collegen Hirsch und Struckmann in die Commission zurückverwiesen, welcher, ohne die Beiträge zu ändern, die Invalidenrenten der unteren Lohnclassen ganz bedeutend erhöhte, die der oberen Classen bedeutend herabsetzte und so das bisher unangefochtene und insbesondere meinen Anträgen auf Einrichtung der Lohnclassen zu Grund liegende Princip verletzte, daß Beiträge und Renten jeder Lohnclasse einander decken müßten. Auf diesen und nur auf diesen der Commission in ihrer ersten nach der Zurückverweisung abgehaltenen Sitzung vorliegenden Antrag bezog sich jene scharfe Aeußerung, zu der ich mich auch heute noch bekenne. Nachdem nun in der folgenden Sitzung jener ursprüngliche Antrag durch entsprechende Erhöhung der Beiträge der unteren und Herabsetzung der Beiträge der oberen Lohnclassen berichtigt worden, nachdem ferner durch Amendements zur dritten Lesung für alle ferneren periodischen Festsetzungen der Beiträge der alte Grundsatz wiederhergestellt war, daß die Renten jeder Lohnclasse durch die Beiträge derselben Lohnclasse gedeckt werden müssen, waren meine in der ersten Commissionssitzung aufs Schärfste und mit Erfolg geltend gemachten Einwürfe gegen die veränderte Rentenbemessung, folglich auch die davon abhängig gemachte Verwerfung des Gesetzes, vollkommen gegenstandslos geworden.

Wenn dieser Sachverhalt dem Abgeordneten Baumbach wirklich nicht bekannt sein sollte, so erforderte es doch der politische Anstand und die auch dem Gegner schuldige Achtung, sich erst genau zu informiren, ehe er Behauptungen öffentlich aussprach, die dazu angethan waren, den Betroffenen als ein politisches Chamäleon zu charakterisiren. Ich weise aber alle unwürdigen Insinuationen, die aus dem erwähnten Zeitungsbericht hergeleitet werden könnten, um so schärfer zurück, als diese „Faule Aepfel-Legende" sonst in allen Wahlreden der Deutschfreisinnigen als Aufputz ihrer fadenscheinigen Argumente gegen eines der größten Gesetze, die unser Jahrhundert gezeitigt hat, wiederkehren würde. Die übrigen Bemerkungen des Abgeordneten Dr. Baumbach über „die knechtsseelige Dehnbarkeit der Meinungen der Nationalliberalen, falls der Herr und Meister ihnen einen Wink giebt", übergehe ich mit Schweigen; es sind geschmacklose Ausdrücke eines ohnmächtigen Parteihasses. Indem ich bitte, diese Erklärung in Ihr geschätztes Blatt aufzunehmen, zeichne ich Hochachtungsvoll! **Oechelhäuser,** Mitgl. des Reichstags.

* Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht in seiner neuesten Ausgabe die Verleihung des **Schwarzen Adlerordens** an den württembergischen Ministerpräsidenten **v. Mittnacht.** Die Verleihung erfolgte, wie wir bereits früher mitgetheilt haben, während der Anwesenheit des Kaisers bei den Festlichkeiten in Stuttgart.

* **An Rußland ausgeliefert** wurde ein Hörer der Technischen Hochschule in Berlin, Wildermann. Derselbe war nach dem Mißlingen des bekannten Bomben-Complots aus Zürich nach Berlin gekommen. Die übrigen Studirenden, welche durch die mehrfach erwähnten Haussuchungen compromittirt waren, haben jetzt **Ausweisungsbefehle** erhalten. Hiermit ist diese Angelegenheit erledigt, da gleichzeitig 18 russische Studenten, die von Zürich nach Wien gegangen waren, aus Oesterreich ausgewiesen sind.

* Man schreibt der „Nationalliberalen Correspondenz" aus den **Reichslanden:** Die **Reichstagsersatzwahl** in **Metz** ist auf den 24. Juli ausgeschrieben. Von Candidaten verlautet noch nichts, weder auf Seiten der Eingeborenen, noch der Altdeutschen. Nachdem Herr Lanique die Annahme eines Mandats abgelehnt hat, wird es den Lothringern offenbar sehr schwer, einen populären, einigermaßen gemäßigten, doch aber in der nationalen Grundfrage zuverlässigen Candidaten zu finden. Der reine Protest nach Herrn Antoine's Vorbild scheint in Metz nicht mehr beliebt zu sein. Man gewinnt den Eindruck, daß bei der Verlegenheit und Rathlosigkeit unter den Eingeborenen das Mandat vielleicht von einem Altdeutschen gewonnen werden könnte, wenn sich dieselben auf eine angesehene und beliebte Persönlichkeit vereinigten. Die tonangebende Zeitung „Messin" giebt dies selbst zu. Zum Mindesten könnte ein Eingeborener, der sich offen und entschieden auf den Boden der neuen Verhältnisse stellt, gewählt werden, wie es in Straßburg bei den letzten Wahlen der Fall gewesen ist. Man darf nicht vergessen, daß in Metz das Element der altdeutschen Einwanderer sehr stark ins Gewicht fällt, stärker noch als in Straßburg. Aber leider ist auch unter den Altdeutschen in Metz wenig Eifer und Energie bei dieser Wahl zu bemerken, und an einem tüchtigen Candidaten, der die verschiedenen Richtungen zu vereinigen vermöchte, scheint es auch zu fehlen.

* **Zur Bischofsconferenz in Fulda** schreibt unser Correspondent: Als ich Ihnen vor einigen Wochen die mir von stets gut unterrichteter Seite zugegangene Nachricht übermittelte, daß der preußische Episkopat am 6. August dahier zu einer Conferenz zusammentreten werde, war ich in der That gespannt darauf, ob auch diesmal wieder das übliche „Dementi" colportirt werden würde. Dasselbe blieb indessen aus, nachdem die ultramontanen Organe und ihre demokratischen Collegen die Ueberzeugung gewonnen haben, daß dieser Humbug schlechterdings nicht mehr verfängt, vielmehr das Publicum längst durch die Thatsachen darüber belehrt worden ist, daß der frivol erfundene Vorwurf der „Entenzüchterei" — so lautet die gewerbsmäßig angewendete geschmackvolle Bezeichnung! — nicht auf meine kirchenpolitischen Nachrichten, wohl aber recht eigentlich auf jene Dementifabrikanten paßt. Inzwischen hat die „Kölnische Volkszeitung", das Organ des Kölner Erzbischofs, meine Mittheilung kurzer Hand bestätigen müssen, und ich kann heute weiter melden, daß bereits die Frühverlegung der Ferien für das hiesige Priesterseminar angeordnet worden ist, um genügende Räume für die Unterbringung der Prälaten zu schaffen. Was die Tagesordnung für die Berathungen der Bischöfe betrifft, so ist hierüber allerdings noch wenig Zuverlässiges zu sagen. Das Eine kann ich dagegen als sicher melden, daß der Episkopat in einem Hirtenbriefe den Gläubigen für die beim Jubiläum des Papstes bewiesene treue Anhänglichkeit an den heiligen Stuhl danken und dabei auffordern will, durch Gebet und Gaben auf die Beseitigung der bedrängten Lage des Papstes hinzuwirken. Daß dabei die „Ketzerverherrlichungen" in Rom und auf der Ebernburg ebenfalls gestreift werden dürften, ist nicht unwahrscheinlich. Fehlt es doch nachgerade an Stoff, um der „Bedrängniß" ein gebührendes Relief geben zu können!

* * *

* Wohl kein Volksstamm wird von den Magyaren in **Ungarn** mehr angefeindet als die 2½ Millionen **Rumänen,** welche ein lebendiges Nationalgefühl haben und allen Magyarisirungsbestrebungen der Behörden und der sogenannten Culturvereine einen so zähen Widerstand entgegen-

SLUB
Wir führen Wissen.